



Landesarmutskonferenz Brandenburg



LIGA DER FREIEN WOHLFAHRTSPFLEGE
Tornowstraße 48, 14473 Potsdam

17.04.2025

Alle Kinder in Brandenburg verdienen ein gutes Aufwachsen

Kinder- und Familienarmut in Brandenburg wirkungsvoll bekämpfen

Federführender Verband 2024/2025
Der Paritätische,
Landesverband Brandenburg e.V.

LIGA
DER FREIEN WOHLFAHRTSPFLEGE
Tornowstraße 48
14473 Potsdam

Telefon 0331 . 284 97 63
Telefax 0331 . 284 97 30
E-Mail info@liga-brandenburg.de
Web www.liga-brandenburg.de



Kinderarmut in Brandenburg ist kein Nischenproblem und hat gravierende Folgen für die Betroffenen und die Gesellschaft

Mehr als 380.000 Menschen in Brandenburg (15 Prozent) verfügen über weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung in Deutschland und gelten als einkommensarm (Mikrozensus 2023). 72.000 Kinder in Brandenburg (17,1 Prozent) leben in einem einkommensarmen Haushalt und sind somit armutsgefährdet. Knapp ein Viertel der Familien in Brandenburg (23,3 Prozent) sind alleinerziehend, wovon mehr als jede dritte Familie (39,3 Prozent) einkommensarm ist. Alleinerziehende Familien weisen damit das mit Abstand höchste Armutsrisiko auf, gefolgt von Familien mit drei oder mehr Kindern, Familien mit geringen Bildungsressourcen und Familien mit Flucht- oder Zuwanderungsgeschichte.

Kinder und Jugendliche, die in einkommensarmen Familien aufwachsen, leben oftmals in beengten Wohnverhältnissen, haben geringere Bildungschancen und weniger Aussichten auf einen gut bezahlten Beruf, sind häufig von sozialer, kultureller und demokratischer Teilhabe sowie von Freizeitaktivitäten ausgeschlossen und leiden häufiger unter psychischen und physischen Erkrankungen. Armut beeinträchtigt die Entwicklungschancen und erhöht das Risiko, bei Bildungsübergängen und beim Übergang zum Beruf mit erheblichen Nachteilen und Schwierigkeiten kämpfen zu müssen und im späteren Leben von Transferleistungen abhängig zu sein.

Armutsprävention gelingt nur mit gebündelten Ressourcen und ressort- und politikfeldübergreifender Zusammenarbeit

Ziel einer Landesstrategie zur Prävention von Kinderarmut muss sein, die Lage von armutsgefährdeten Kindern und Familien in Brandenburg zu verbessern und allen Kindern die gleichen Chancen auf Wohlergehen, Bildung und Teilhabe zu ermöglichen. Dies kann nur gelingen, wenn die Landesstrategie politikfeld- und ressortübergreifend alle Lebensbereiche von Kindern und Familien adressiert und gemeinsam von allen relevanten Akteur:innen aus Politik, Verwaltung, Freier Wohlfahrtspflege, Wissenschaft und Wirtschaft und unter Beteiligung der Kinder und Familien in Brandenburg entwickelt und umgesetzt wird.

Dabei kann das Land Brandenburg bereits auf wichtige Vorarbeiten und Grundlagen aufbauen. Dazu gehören die Ergebnisse der 2015 gestarteten Initiative „Starke Familien - starke Kinder, Runder Tisch gegen Kinderarmut“, das 2022 online-geschaltete Monitoring zur sozialen und gesundheitlichen Lage von Kindern und Jugendlichen, das 2022 erstmalig stattgefundene Partizipationsformat „Familienforum“ und die 2024 gestartete regelmäßige Familienberichterstattung auf Basis von Familienbefragungen. Das Land Brandenburg entlastet Familien mit geringen Einkommen unter anderem durch die Befreiung vom Elternbeitrag. Familien und Schwangere in Notlagen erhalten finanzielle Unterstützung durch die Landesstiftung „Hilfe für Familien in Not“. Zudem bietet das Land Brandenburg finanzielle Zuwendungen für Präventionsprojekte wie etwa mit dem ESF+-Förderprogramm „Stark vor Ort - Soziale Integration von armutsbedrohten Kindern und ihren Familien“. Um die Partizipation von

Freien Trägern an diesen Programmen zu fördern, damit diese weitere Angebote für Familien schaffen, sind die einzubringenden Eigenmittel auf ein Minimum zu reduzieren.

Familien- und Sozialleistungen müssen die Familien in Brandenburg erreichen

Mit der Anzahl an Kindern im Haushalt steigt der finanzielle Druck und häufig der Bedarf nach Unterstützung beim Lebensunterhalt. Dies gilt nochmals mehr seit der hohen Inflation und den in Folge stark gestiegenen Lebenshaltungskosten, sodass das Einkommen von armutsgefährdeten Familien häufig nicht mehr für eine gesunde Ernährung ausreicht. Diesem Bedarf steht gegenüber, dass rund ein Drittel (35-40 Prozent) der Personen, die einen Anspruch auf finanzielle Unterstützung (hier: SGB II) haben, diese nicht in Anspruch nimmt (Wilke u. Sielaff 2023). Bei ergänzenden Leistungen wie Wohngeld (47 bis 54 Prozent) oder Kinderzuschlag (60 bis 70 Prozent) liegt die Nichtinanspruchnahme noch höher (Deutsches Jugendinstitut e. V. 2023). So auch bei dem Bildungspaket (Leistungen für Bildung und Teilhabe, BuT), das bei Kosten für Angebote in Kita, Schule und Freizeit unterstützt. Die Hauptbarrieren liegen in bürokratischen Hürden wie komplexe Antragsverfahren, zu erbringende Nachweise, monatelange Bearbeitungszeiten oder fehlende Abstimmung zwischen den Leistungssystemen. Hinzu kommen Unkenntnis und mangelnde Information über Rechtsansprüche, Sprachbarrieren, Schamgefühle sowie stigmatisierende und diskriminierende Erfahrungen mit Ämtern.

Eine Landesstrategie zur Prävention von Kinderarmut muss darauf abzielen, verdeckte Armut zu bekämpfen und Kindern und Familien zu ihrem Recht zu verhelfen. Die Beratungsangebote von Freien Trägern wie etwa Sozial- und Familienberatungen leisten einen unverzichtbaren Beitrag, um Familien unabhängige, an der individuellen Lebens- und Bedarfssituation ausgerichtete Informationen zu vermitteln, Zugänge zu Behörden zu erleichtern, bei Antragsverfahren zu unterstützen und bei Bedarf an weitere Stellen des Hilfesystems zu vermitteln. Die Schuldner- und Insolvenzberatung bietet spezialisierte Unterstützung für ver- und überschuldete Familien.

Diese Angebote sind finanziell abzusichern und auszubauen, um eine flächendeckende wohnortnahe Beratungsinfrastruktur vorzuhalten und auch digitale und aufsuchende Formate anbieten zu können.

Das Land Brandenburg, die Landkreise und kreisfreien Städte sind aufgerufen, Sozial- und Teilhabeleistungen in ihren Zuständigkeiten niedrigschwellig zu gestalten und bekannter zu machen. Von digitalen „One-Stop“-Lösungen wie etwa dem derzeit zu entwickelnden Familienportal können armutsgefährdete Kinder und Familien nicht profitieren, wenn ihnen die nötige technische Ausstattung, der Internetzugang oder die digitale Kompetenz fehlen. Analoge Zugänge und persönliche Ansprechpersonen in den Ämtern und Behörden, insbesondere in den Jobcentern, müssen gewährleistet werden.

Bezahlbaren Wohnraum für alle Familientypen schaffen und die Einheit der Familie auch bei Wohnraumverlust wahren

Hohe Wohnkosten belasten Familien in Brandenburg zunehmend. Unter Berücksichtigung der Wohnkosten steigt die Armutsgefährdungsquote in Brandenburg um ein Drittel auf 20,3 Prozent (Sonderauswertung des Paritätischen Gesamtverbands 2024). Kinder in armutsgefährdeten Familien leben zumeist in beengten Wohnverhältnissen, die weder Rückzug noch Privatsphäre ermöglichen. Infolgedessen verschärft sich das Risiko für familiäre Konflikte und psychische

Belastungen. Gleichzeitig haben Kinder aus armutsgefährdeten Familien ein besonders hohes Sicherheitsbedürfnis, das sich insbesondere im Zusammenleben mit der Herkunftsfamilie an einem festen Wohnsitz verwirklicht.

Eine Landesstrategie zur Prävention von Kinderarmut muss die Rahmen- und Förderbedingungen für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ausweiten und hierbei die Wohn- und Platzbedarfe von Familien, darunter alleinerziehende Familien und Familien mit drei oder mehr Kindern, in den Blick nehmen. Der Wohnraumverlust ist durch ein Verbot von Zwangsräumungen von Familien mit Kindern zu verhindern. Sofern Familien obdachlos werden, ist eine gemeinsame Unterbringung der Kinder mit ihren Eltern zu garantieren. Die Praxis der Brandenburger Jugendämter, Wohnraumverlust von Familien per se als Kindeswohlgefährdung einzustufen und Kinder in Obhut zu nehmen und damit getrennt von den Eltern unterzubringen, ist zu beenden.

Gleichwertige Chancen für eine gute Bildung sicherstellen

Kinder, die in armutsgefährdeten Familien aufwachsen, haben schlechtere Bildungschancen - beispielsweise eine niedrigere Wahrscheinlichkeit, einen Schulabschluss zu erwerben oder das Gymnasium zu besuchen. Wissenschaftlich erwiesen sind die Aussichten auf wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg infolge geringer und zusätzlich das Risiko höher, dass sich Armut in den Familien über Generationen hinweg fortsetzt.

Ziel einer Landesstrategie zur Prävention von Kinderarmut muss sein, gleiche Bildungschancen für alle Kinder unabhängig vom Einkommen und Bildungsstand der Eltern zu garantieren – angefangen von der frühkindlichen Bildung in Kindertageseinrichtungen bis hin zu weiterführenden Bildungs- und Ausbildungswegen. Ein weitestgehend kostenfreies Bildungssystem baut Benachteiligung und Ausgrenzung ab. Maßnahmen im Land Brandenburg können beispielsweise eine kostenfreie Hausaufgaben- und Lernbetreuung, eine Beförderung für Schulkinder aus einkommensarmen Familien sowie kostenfreie gesunde Frühstücksangebote und Mittagessen in Kita und Schule sein.

Zielgruppengerechte, niedrigschwellige Begleitangebote speziell auch beim Spracherwerb, bei Bildungsübergängen und beim Übergang von Schule zu Ausbildung, Studium oder Beruf sind finanziell abzusichern und auszubauen. Ein höherer Personalschlüssel in Kitas und Schulen in Regionen mit einem geringen Sozialindex sowie ein flächendeckendes Angebot an Kita- und Schulsozialarbeit sind erforderlich, um Bildungsnachteile von armutsgefährdeten Kindern auszugleichen und auf Auffälligkeiten und Probleme im Alltag schnell zu reagieren. Das Programm „Kiez-Kita“ vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport und das landeskofinanzierte Schul-Programm „StartChancen“ bieten Beispiele guter Praxis für die Einführung flächendeckender Strukturen.

Erwerbstätigkeit mit armutsfesten Einkommen von Eltern mit Kindern fördern

Kinderarmut ist vor allem die Folge von Arbeitslosigkeit sowie prekärer, geringfügiger und gering entlohnter Beschäftigung der Eltern. Mütter mit Flucht- oder Zuwanderungsgeschichte und niedrigem Bildungsniveau sowie Mütter mit mehr als drei Kindern oder einem pflegebedürftigen Kind sind überdurchschnittlich häufig erwerbslos. Die Teilzeitbeschäftigung hat in Brandenburg, insbesondere unter den Müttern mit Kindern unter 18 Jahren (43,6 Prozent), in den letzten Jahren deutlich zugenommen (u.a. Brandenburger Familienbericht 2024). Die Teilzeitarbeit erfolgt zumeist zugunsten der Sorge- und Pflegearbeit. Auch wenn in Brandenburg in den Paarfamilien das

Zweiverdiener:innen-Modell dominiert und im bundesweiten Vergleich die Vollzeiterwerbstätigkeit von Müttern nach wie vor überdurchschnittlich hoch ist, sind die Brandenburger Familieneinkommen vergleichsweise gering.

Eine Landesstrategie zur Prävention von Kinderarmut muss die Arbeitsmarktintegration von Eltern, insbesondere von Alleinerziehenden mit mehreren Benachteiligungsfaktoren, adressieren, die Vereinbarkeit von Vollzeit- und vollzeitzaher Erwerbstätigkeit mit familiärer Sorgearbeit verbessern und armutsfeste Gehälter fördern. Wichtigste Stellschrauben sind der Ausbau und die Subventionierung von qualitativ hochwertiger und verlässlicher Vollzeitbetreuung in Kindertagesstätten und im Hort, von Ganztagschulangeboten und von Betreuungsangeboten bei Qualifizierungen, Weiterbildungen und Sprachkursen der Eltern. In Zusammenarbeit mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern sind Home-Office-Möglichkeiten auszuweiten, Tarifverträge mit hohem Anwendungsgrad zu fördern und Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern abzubauen.

Sozial- und Freizeitleben unabhängig vom Einkommen ermöglichen

Armut schränkt Kinder bei der Freizeitgestaltung und sozialen Teilhabe ein. Kinder aus armen Familien sind seltener Mitglieder in einem Verein und üben seltener Sport, Musik, Kunst oder andere Hobbys aus. Zudem fehlt armen Familien häufig das Geld für Unternehmungen und der Platz, damit die Kinder Freund:innen nach Hause einladen können. Das Risiko für soziale Ausgrenzung und Vereinsamung steigt.

Prävention von Kinderarmut findet in niedrigschwelligen und kostenfreien Angeboten statt, wo Kinder und Familien Orte der Begegnung, Partizipation und Solidarität erleben, soziale Kontakte knüpfen sowie Anregung, Beratung und Hilfe erhalten. Dies leisten beispielsweise die Brandenburger Familienzentren, Mehrgenerationenhäuser sowie die offenen und mobilen Angebote der Jugendhilfe und -sozialarbeit (z.B. Jugendclubs und Streetwork). Eine Landesstrategie zur Prävention von Kinderarmut muss diese niedrigschwelligen Einrichtungen und Angebote als essenzielle Säule der Familienpolitik fest verankern und den Freien Trägern Finanzierungssicherheit durch längerfristige Förderzusagen geben. Ein flächendeckender Ausbau mit besonderem Augenmerk auf ländliche Gebiete ist erforderlich, um wohnortnah alle Kinder und Familien in Brandenburg zu erreichen.

Besondere Unterstützungsbedarfe adressieren und Armutssensibilität in Politik, Verwaltung und Gesellschaft steigern

Eine Landesstrategie zur Prävention von Kinderarmut muss sich an den unterschiedlichen Lebens- und Bedarfslagen der Kinder und Familien orientieren und spezielle Unterstützungsbedarfe im Sinne eines Mainstreamings konsequent berücksichtigen.

Psychische Belastungen haben im Zuge der Corona-Pandemie massiv zugenommen. Kinder von sucht-, psychisch oder chronisch erkrankten Eltern sowie Kinder, die sich um pflegebedürftige Eltern kümmern, sind besonderen Herausforderungen ausgesetzt. Sie fühlen sich verantwortlich für die Eltern und das familiäre Wohlergehen, übernehmen elterliche Aufgaben, ohne selbst entsprechende Unterstützung zu erhalten, und sind von diesem „Rollentausch“ häufig überfordert. Niedrigschwellige Angebote zur Gesundheitsförderung und Verhältnisprävention sind erforderlich.

Jede vierte junge erwachsene Person im Alter von 18 bis unter 25 Jahren in Brandenburg ist armutsgefährdet. Die Armutsgefährdungsquote in dieser

Altersgruppe (24,5 Prozent) ist mit Abstand am höchsten (Erstergebnisse Mikrozensus 2023). Hinzu kommt eine steigende Jugenderwerbslosigkeit. Um armutsgefährdete junge Menschen beim Übergang von der Schule in Ausbildung, Studium und Beruf zu unterstützen, braucht es eine ressort- und rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit vor allem der Jugend-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik sowie einen Ausbau entsprechender Angebote der Jugendsozialarbeit, wie etwa zur Berufsorientierung, auch für junge Erwachsene mit Behinderungen.

Ein zentrales Ziel einer Landesstrategie zur Prävention von Kinderarmut muss sein, ein ganzheitliches Bewusstsein für Kinderarmut in Politik, Verwaltung und Gesellschaft und für die verschiedenen Lebenslagen von armutsgefährdeten Kindern und Familien zu schaffen und Stigmatisierung und Ausgrenzung abzubauen. Die Sozial- und Familienberatungen der Freien Träger übernehmen dabei wichtige Funktionen und sind weiter auszubauen, damit die Fachkräfte die armutsgefährdeten Kinder und Familien wohnortnah unterstützen und als Multiplikator:innen für ein differenziertes Armutsverständnis in den lokalen Strukturen und Netzwerken wirken können. Zudem können Schulungsansätze zur Armutssensibilisierung wie etwa der Initiative „Starke Familien – Starke Kinder, Runder Tisch gegen Kinderarmut“ weiterentwickelt werden. Fortbildungsangebote sind neben den Fachkräften in Schulen und Kitas insbesondere auch den Mitarbeitenden in den Leistungsgewährenden Stellen (Jobcenter, Sozialamt etc.) anzubieten.

Kontakt

Joachim Kay, Vorsitzender LIGA-Fachausschuss Ia Existenzsicherung und Armutsbekämpfung,
joachim.kay@paritaet-brb.de